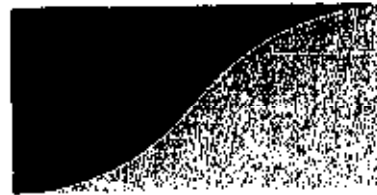


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d



Inhalt

Den sechs-Stunden-Tag fordert Inge Wettig-Danielmeier MdL, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), damit Mann und Frau Familie und Beruf besser aufeinander abstimmen können.

Seite 1/2

Dr. Uwe Holtz MdB, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit, ruft zur weiteren Solidarität mit der sandinistischen Revolution in Nicaragua auf.

Seite 3/4

Freimut Duve MdB, Mitglied im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, warnt vor zu schneller Beruhigung nach der Hamburger Ölkatastrophe.

Seite 5/6

Erich Wolfram MdB, Obmann der Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion, weist die Berghelden-Aktivität der CDU als überholt zurück.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 6 12-1

36. Jahrgang / 141

29. Juli 1981

Beruf und Familie aufeinander abstimmen!

Von Inge Wettig-Danielmeier MdL

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen

Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist kein Frauenproblem, sondern stellt eine Herausforderung an die Gesellschaft dar. Es geht in diesem Zusammenhang nämlich nicht nur um die Doppelbelastung der berufstätigen Frau oder darum, ob sich allein die Frau dem Familienleben unterzuordnen hat. Es geht vielmehr auch um die Frage, warum es Männern verwehrt bleiben soll, sich um ihre eigene Familie kümmern zu können.

Das Überkommene Familienleitbild - die Frau im Haushalt und für die Familie, der Mann im Beruf - beschneidet beiden Partnern das Recht auf Selbstverwirklichung in den Lebensbereichen, die nach dem traditionellen Modell der familialen Arbeitsteilung jeweils nur dem anderen vorbehalten sind.

Aus diesem Grund führen auch alle, von konservativen Familienideologen angebotenen Lösungsvorschläge notwendigerwei-



se in die Irre. Denn, wer individuelle Hilfen zur Linderung der Doppelbelastung der berufstätigen Frau anbietet, wer die Hausarbeit durch Zahlung eines Erziehungsgeldes aufwerten oder ein vermehrtes Angebot zumeist schlechter bezahlter und inhaltlich selten befriedigender Teilzeitarbeitsplätze fordert oder - wie kürzlich Helga Wex - das "job sharing" als die Patentlösung anbietet, der zementiert tradierte Rollenzuweisungen und trägt nicht zu ihrer Überwindung bei. Damit fordern die Oppositionsparteien: "Frauen, bleibt die Reservearmee des Arbeitsmarktes!"

Sozialdemokraten geht es dagegen um die Chancengleichheit für Mann und Frau, in gleicher Weise Rechte und Pflichten im Beruf wie in der Familie übernehmen zu können, wenn sie das möchten.

Dem stehen sicherlich wirtschaftliche Interessen entgegen, aber gegen sie gilt es sich durchzusetzen.

Vor allem drei Ansatzpunkte sieht die AsF, um eine bessere Abstimmung von Beruf und Familie zu erreichen:

Erstens: Der Sechs-Stunden-Tag für alle Arbeitnehmer bei vollem Lohnausgleich bleibt unsere Hauptforderung, denn nur eine Arbeitszeitverkürzung - die im übrigen auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen unumgänglich ist - bietet im Zusammenwirken mit vernünftigen familienergänzenden Einrichtungen (Kinderkrippen und -gärten, Ganztagschulen) die Entlastung, die beide Elternteile brauchen, um ihren Aufgaben in Familie und Beruf nachkommen zu können.

Zweitens: Bei der Organisation des Familienlebens ist die Übernahme gleicher Rechte und Pflichten durch Männer und Frauen zu fördern - zum Beispiel durch die tarifvertragliche Absicherung eines 18-monatigen Elternurlaubs, der von den Eltern zu gleichen Teilen in Anspruch genommen werden sollte und durch zusätzliche bezahlte Urlaubstage zur Pflege des kranken Kindes, die auch Männern zu gewähren sind. Mit diesen Maßnahmen trägt man nicht nur zu einer gerechteren Verteilung der Familienpflichten bei, sondern entkräftet auch das "Kostenargument", das nach wie vor die Einstellung von Frauen erschwert.

Drittens: Bereits in der Schule, bei der Berufsberatung, in der Ausbildung und in der Ausgestaltung der Arbeitsplätze selbst muß auf eine Verbesserung der Arbeitsmarkt- und Berufschancen für Frauen hingewirkt werden. Hier kann und hier sollte der öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle übernehmen. Eine Quotierung zugunsten von Frauen ist zu allererst in den Ausbildungsbereichen der öffentlichen Arbeitgeber zu fordern. Daneben muß von öffentlichen Arbeitgebern erwartet werden, daß sie auch ohne gesetzlichen Zwang verwaltungs- oder betriebsinterne Frauenförderungspläne ihrer Personalpolitik zugrunde legen. Das Grundgesetz gibt dafür eine hinlängliche rechtliche Grundlage. Es läßt sich auch denken, die Gewährung staatlicher Subventionen für Betriebe von der Bedingung abhängig zu machen, daß sie vermehrt Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Frauen bereitstellen.

Diese Forderungen stehen nicht isoliert als frauenpolitische Mahnmale - sie lassen sich zum Beispiel einordnen in die DGB-Strategie zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Sie sind arbeitsmarktpolitisch aktueller denn je! (-/29.7.1981/va-he/hgs)

+

+

+



Weiter Solidarität mit Nicaragua

Die sandinistische Revolution auf dem Weg zum erfolgreichen Demokratisierungsprozeß

Von Dr. Uwe Holtz MdB

Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag

Nicaragua beging am 19. Juli den zweiten Jahrestag seiner Revolution und es war wichtig, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands durch ihre Teilnahme an der Feier erneut offen Solidarität mit der Befreiung Nicaraguas von der Somoza-Diktatur bekundete. Die Reformkräfte in Regierungsjunta, Regierung und der "nationalen Führung" der Sandinistischen Front sowie die Bewegungen und Parteien, die für den pluralistischen, demokratischen Weg streiten, fühlten sich dadurch gestärkt und nicht allein gelassen. So wurde von den offiziellen Vertretern des Landes immer wieder die Wichtigkeit guter Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland - deren Entwicklungshilfeleistungen lobend hervorgehoben wurden - und zur SPD unterstrichen und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die deutsch-nicaraguanischen Beziehungen weiter vertieft werden. Ich habe bei meinen Gesprächspartnern allerdings auch keinen Zweifel daran gelassen, daß wir von den Sandinisten die Fortführung ihres angekündigten Weges von Pluralismus, gemischter Wirtschaft und Demokratie erhoffen.

Wie schwierig die derzeitige Situation des Landes ist, haben die beiden Redner Daniel Ortega und Thomás Borge auf der Revolutionsfeier vor etwa einer halben Million Nicaraguanern dargelegt. Zu den äußeren Problemfeldern gehören vor allem der Stopp der Hilfen von den Vereinigten Staaten, Energieschwierigkeiten, rapider Preisverfall bei exportierten Rohstoffen und unzureichende Fortschritte im Nord-Süd-Dialog, aber auch die ständigen "konterrevolutionären" Aktivitäten der somozistischen Ex-Gardisten vom Ausland aus. Innenpolitisch sieht sich die Regierung ebenfalls fastunüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber: hohe Auslandsverschuldung als Erbe der Somoza-Zeit, Kapitalflucht, sinkende Investitionstätigkeit in einigen Bereichen, Bürokratismus und unzureichende Effizienz in der Produktion, Streiks und "spontane" Landbesetzungen, aber auch eingestandene Fehler der Regierung aus Mangel an Erfahrung. Ein Bündel von Maßnahmen und Gesetzesvorhaben soll hier Abhilfe schaffen.

Dennoch unterstützt die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Ziele der Revolutionsregierung, zumal sich in einigen Bereichen bereits Fortschritte abzeichnen, wie das Beispiel der erfolgreichen Bemühungen um eine Alphabetisierung der Bevölkerung zeigt. Daß hierbei die katholische Kirche eine herausragende Rolle spielt, wird von den Regierenden lobend hervorgehoben. Das Gefühl der Angst vor Mord und Verschleppung - unter



dem Somoza-Regime an der Tagesordnung - ist in der Bevölkerung der Gewißheit gewichen, inzwischen freier atmen zu können. Es besteht berechnete Hoffnung, daß sich durch den begonnenen Aufbau demokratischer Basisorganisationen und die Reform der Wirtschaftsordnung der noch bestehende innere Problemdruck verringert.

Das neue Nicaragua ist entschlossen, die Revolution zu verteidigen und eine Rückkehr zu Somoza-Zeiten zu verhindern. Die Sandinisten wollen dabei aber ihren eigenen nationalen Weg beschreiten und nicht auf ausländische Modelle zurückgreifen. Das belegt auch der eigenständige Charakter der Revolutionsfeierlichkeiten, bei denen diesmal auf eine - zumindest in dieser Region übliche - Militärparade verzichtet wurde.

Mein Besuch in Nicaragua hat mich in der Auffassung bestärkt, daß die westlichen Staaten und damit auch die Bundesrepublik Deutschland an der Zusammenarbeit festhalten sollten. Ich appelliere an die Bundesregierung, ihre technische und finanzielle Zusammenarbeit fortzuführen, zu verstärken und für die nicaraguanische Bevölkerung noch wirksamer und sichtbarer zu gestalten. Für 1982 sollte sie zusammen mit der Aufstellung eines Länderhilfeprogramms eine Mehrjahreszusage der nicaraguanischen Regierung anbieten und bei der anstehenden Umschuldung sich nicht kleinlich zeigen.

SPD, Bundestagsfraktion und Bundesregierung sollten alle ihre Möglichkeiten nutzen, um - weiterhin - auf die USA einzuwirken, den Gesprächsfaden mit Nicaragua wieder aufzunehmen. Dieser erste Schritt sollte die Vorbereitung dafür sein, daß die Vereinigten Staaten dann ihre Hilfe für Nicaragua wieder aufnehmen und dadurch den Revolutionsprozeß hin zu Pluralismus und Demokratie unterstützen.

Nicaragua befindet sich mit seiner tastenden Revolution in einer entscheidungsvollen Übergangsphase. SPD und Sozialistische Internationale sollten weiterhin ihre Solidarität mit dem neuen, freien Nicaragua bekunden und die Beziehungen zu den Sandinisten verstärken. Denn ein erfolgreicher Demokratisierungsprozeß in diesem Land kann ein wertvoller Beitrag sein für die Menschen zur Befriedung einer krisengeschüttelten Region.

(-/29.7.1981/bgy/hgs)

+ + +



Nach dem Tankerunfall

Nicht zur Tagesordnung übergehen!

Von Freimut Duve MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Das ist die Crux mit den Beinahe-Katastrophen. Das allgemeine Aufatmen verwandelt selbst noch die größten Skandale nach angemessener Zeit der Angststarre schließlich in den Beweis des Gegenteils: Harrisburg hat angeblich gezeigt, wie beherrschbar Kernenergie ist, die Tankerunfälle - in der Häufigkeit längst gigantische Katastrophen - scheinen zu beweisen, daß das Leben weitergeht, und daß in letzter Minute die Rettung und die Retter schaffen, das Schlimmste abzuwenden.

Nach dem Tankerunfall in Hamburg ist es wichtig einiges festzuhalten:

1. Der Unfall mit einer Menge von fast achtzigtausend Tonnen Rohöl hätte den ohnehin schleichenden Elbetod ruckartig herbeiführen können. Bundes-, Länder- und die Hafenbehörden an der deutsche Küste sollten überprüfen, ob solche Ladungsmengen weiter Einlaß in die innerdeutschen Wasserstraßen finden dürfen. Um Wettbewerbsverzerrungen zu bekämpfen müssen wir auf europäischer Ebene die Frage stellen, ob Tiefgang, Ausrüstung und Ausbildung als Entscheidungskriterien für das Einlaufen von Großtankern in Küstengewässer ausreichen - oder ob nicht vielmehr eine sehr viel niedrigere Ladungsmenge - für Öl und Chemiegifte - angesetzt werden sollte. Die Auswirkungen des größten anzunehmenden Unfalls halbieren sich zum Beispiel bei der Hälfte des Öls. Die Zentimeterritte auf der Flutwelle mögen bei ungefährlicher Ladung Bravourstückchen seemännischen Könnens sein. Mit Giften sind es, zumindest in der Deutschen Bucht, in der Fahrrinne der Elbe und im Hafengebiet unverantwortliche Tollkühnheiten.
2. Die Nordseeanrainer haben in den letzten Jahren einiges an gemeinsamen Schutzabsichten geäußert und haben sich auf Kontrollen geeinigt. Die Bundesrepublik ist beileibe kein schwarzes Schaf sondern gehört zu den Nordseeanrainern wo weniger Fahrlässigkeit herrscht als bei anderen. Trotzdem konnte dieser Unfall bei hellichtem Sonnentag passieren. Also sind unsere Schutzabsichten und Schutzvorkehrungen nicht umfassend genug? Oder sind die Absichten und Vereinbarungen Theorie geblieben, während in der Praxis, vor Ort also der tödliche Ernst der Umweltsituation der Nordseeküsten nach wie vor auf die leichte Schulter genommen wird? Ist vielleicht vor Ort die Angst vor Umschlageinbußen größer als vor Umweltkatastrophen?



3. Die dünnwandigen Super-Badewannen die vor allem in japanischen Werften für die Ölmultis gebaut worden waren, sind überholt. Der Substitutionsprozeß durch sicherere kleinere Einheiten dauert viel zu lange! Die Saurier-Tanker über 50.000 können an vielen Punkten ihrer Ölreisen in Fahrrinnen geraten, wo ein Unfall wie in Hamburg zum Aufliegen vorne und hinten führt. Auseinanderbrechen ist die Folge. Die Ölmultis tragen einen Teil der Schuld an dieser Fehlentwicklung gefährlicher Transportformen. Ihre Monopolstellung macht sie zum wichtigsten Standardbestimmer für Tanker und Tankreedereien! Ihre Marktmacht ist gefordert, wenn es gilt umwelt-sichere Transportformen zu entwickeln.
4. Das Nordseegutachten ist bisher vom Deutschen Bundestag nicht ausgewertet worden. Es ist dringend geboten, daß die Bundesregierung dieses von ihr in Auftrag gegebene Gutachten so vorrangig behandelt wie es die Ergebnisse und Empfehlungen - wie es vor allem die dramatischen Entwicklungen der letzten Zeit verlangen.
5. Die Küsten und Flußmündungsgebiete der Nordsee sind aufs Äußerste gefährdet. Der neuralgische Punkt dieses Ökosystems ist die Deutsche Bucht. Es dauert drei Jahre bis Wasseraustausch stattgefunden hat. Jede Verschmutzung in der Deutschen Bucht und in den Flußmündungen bedeutet eine sehr viel größere Gefährdung als in Gebieten raschen Wasseraustausches wie etwa vor Norwegen oder Schottland. Daraus folgt, daß die vorgesehenen Maßnahmen zur Neuregelung der Schiffsverkehrskontrolle in der Deutschen Bucht zu beschleunigen sind.
6. Die Nordseegefährdung ist die größte Herausforderung für die Europäische Gemeinschaft. In der Nutzung als Wasserstraße und als Müllkippe konkurrieren die europäischen Staaten. Jetzt ist es an der Zeit die vielfältigen europäischen Anstrengungen zu der einen großen ökologischen Gemeinschaftsaufgabe zusammenzubringen: Rettung der Nordsee und ihrer Küstengebiete. Durch die Dutzenden von Konferenzen und Institutionen die direkt oder indirekt mit dem Schutz der Nordsee befaßt sind, findet kaum jemand hindurch. Europa braucht eine europäische Nordsee-Agentur. Nur auf überstaatlicher Ebene können die Wettbewerbsverzerrungen vermieden werden.
7. Für die Gefährdung der Häfen selbst können wir darauf nicht warten. Überstaatliche Einrichtungen brauchen Jahre bis sie wirksam werden. Die konkurrierenden Häfen sollten selbst Vereinbarungen unterhalb der staatlichen Ebene treffen, um gemeinsam den Transport gefährlicher Stoffe durch gefährliche Transporter in gefährlichen Größenordnungen abzuwehren.

Niemand darf also zur Tagesordnung übergehen. Vollzugsmeldungen, man habe die Unfallfolgen von Hamburg im Griff, reichen nicht aus. Die Hamburger Behörden und die beteiligte Hafensmarine (Schlepper, Lotsen) haben hervorragend rasche Arbeit geleistet. Sie haben die Katastrophe verhindert. Den schleichenden Tod der Elbe, die alltägliche Bedrohung der Küstengewässer werden wir nur durch radikalere Maßnahmen und größere Wachsamkeit abwehren.

(-/29.7.1981/hl/hgs)

+ + +



Die CDU kommt Jahrzehnte zu spät

Bergehalden verschwinden nicht durch Schaufensteranträge

Von Erich Wolfram MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Energie und Umwelt der SPD-Bundestagsfraktion

CDU/CSU haben die Energiepolitik entdeckt. Nach den energiepolitischen Versäumnissen von CDU/CSU in den 50er und 60er Jahren tut die Opposition so, als könnten heute alle energiepolitischen Maßnahmen von der Bundesregierung allein und national gelöst werden. Zuständigkeiten, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten werden negiert. Die Opposition hat keine energiepolitischen Alternativen.

Jetzt, nach 120 Jahren Bergbauwirtschaft und Halden, entdeckt die CDU/CSU die Bergehalden im Ruhrgebiet. Dabei ist bemerkenswert bei der CDU/CSU-Anfrage, daß kein CDU-Abgeordneter aus dem Ruhrgebiet die Kleine Anfrage unterschrieben hat.

Kohle- und Bergehalden hat es immer gegeben. Seit Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen regieren, wird regional und überregional an Haldenkonzepten, an der gerechten Verteilung, an ihrer Gestaltung, ja sogar Nutzung, gearbeitet.

Die sozialdemokratischen Oberbürgermeister und Bürgermeister des Reviers setzen sich seit Jahr und Tag für einen gerechteren Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten und Betroffenen ein.

Es sind vor allem die ländlichen Bereiche mit CDU-Mehrheiten, die sich einer überregionalen Regelung widersetzen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion müßte auch wissen, daß das Haldenproblem in die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten des Bergbaus, der Gemeinden und der Bezirksplanungsräte fällt.

Was die Zuständigkeiten des Bundes betrifft, sind sie im neuen Bundesberggesetz geregelt.

Die CDU im Ruhrgebiet wäre besser beraten, vor Ort an der Lösung der Probleme mitzuarbeiten. Mit "Schau-Anfragen" an die Bundesregierung wird sie ihre schwache Position im Ruhrgebiet nicht verbessern. In der Haldenfrage kommt sie Jahre zu spät. Sozialdemokraten in den Gemeinden, in Bezirksplanungsräten, beim Kommunalverband Ruhr und im Land Nordrhein-Westfalen haben längst die Voraussetzungen für eine neue, umweltfreundliche "Halden-Generation" geschaffen. Unabhängig davon ist die beste Lösung des Bergehaldenproblems, daß so viel wie möglich an Gestein wieder unter Tage verbracht wird. (-/29.7.1981/ks/ca)

+ + +

